

Übersetzung

Staatsanwaltschaft

Kollegium der Generalprokuratoren

Brüssel, den 3. November 2014

**RUNDSCHREIBEN Nr. 8/2006 DES KOLLEGIUMS DER
GENERALPROKURATOREN BEI DEN APPELLATIONSHÖFEN**

Sehr geehrte Frau/geehrter Herr Generalprokurator,
Sehr geehrter Herr Föederalprokurator,
Sehr geehrte Frau/ geehrter Herr Prokurator des Königs,

**ÜBERARBEITETE FASSUNG
3. NOVEMBER 2014**

BETRIFFT: Gemeinsames Rundschreiben des Ministers der Justiz und des Kollegiums der Generalprokuratoren zur Vereinheitlichung der Kontroll-, Feststellungs-, Ermittlungs- und Verfolgungspolitik in Sachen Fahren unter Alkoholeinfluss oder in betrunkenem Zustand oder in einem ähnlichen Zustand, herrührend insbesondere aus der Einnahme von Drogen oder Arzneimitteln, wie auch in Sachen Vorhandensein im Körper von anderen Stoffen als Alkohol, die die Fahrtüchtigkeit beeinflussen - Fahren unter dem Einfluss von Alkohol-Drogen

Sekretariat des Kollegiums der Generalprokuratoren
– Rue Ernest Allard 42 – 1000 Brüssel
Tel: 02/500 86 01 – Fax: 02/500 86 13
E-Mail: secre.colpg@just.fgov.be

Die in der Fassung vom 28. Mai 2013 angebrachten Änderungen sind der Übersichtlichkeit halber in Gelb angebracht.

VORWORT

Ich habe die Ehre Ihnen in der Anlage das gemeinsame Rundschreiben des Ministers der Justiz und des Kollegiums der Generalprokuratoren zur Festlegung einer einheitlichen Politik zur Kontrolle, Feststellung, Ermittlung und Verfolgung in Sachen Fahren unter Alkoholeinfluss oder in betrunkenem Zustand oder in einem ähnlichen Zustand, der insbesondere aus der Einnahme von Drogen oder Medikamenten herrührt, sowie in Sachen Vorhandensein im Körper anderer Substanzen als Alkohol, welche die Fahrtüchtigkeit beeinflussen, zu übermitteln.

Dieses Rundschreiben führt eine Gleichbehandlung der Verstöße ein, die zurückzuführen sind auf das Fahren unter Alkoholeinfluss, in betrunkenem Zustand oder in solch einem ähnlichen Zustand, hervorgerufen insbesondere durch den Genuss von Drogen oder Arzneimitteln. Es wird präzisiert, in welchen Fällen eine Verfolgung vor dem Polizeigericht erfolgt, in welchen Fällen dem Betreffenden das Erlöschen der Strafverfolgung durch die Zahlung eines bestimmten Geldbetrags oder durch das Einhalten bestimmter Maßnahmen vorgeschlagen wird.

Darf ich Ihre besondere Aufmerksamkeit auf den Punkt III.B.1.2.b) lenken; dieser empfiehlt die Anwendung des Artikels 216^{ter} des Strafprozessgesetzbuches „soweit möglich und abhängig von den Möglichkeiten der zuständigen Dienste und je nach Verfügbarkeit auf lokaler Ebene von spezifischen auf junge Autofahrer zugeschnittenen Schulungsprogrammen“.

Die Umsetzung dieser Maßnahme wird folglich Gegenstand einer Konzertierung zwischen dem Generalprokurator und den Prokuratoren des Königs eines jeden Amtsbereichs in Zusammenarbeit mit den regionalen Direktoren und den Direktoren der Generaldirektion der Justizhäuser sein.

Inkrafttreten und Übergangsbestimmungen

Die vorliegenden Richtlinien treten in Kraft:

- hinsichtlich des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014: am Tag der Verbreitung der vorliegenden überarbeiteten Fassung des Rundschreibens, denn die Aufhebung des Königlichen Erlasses vom 22. Dezember 2003 und das Inkrafttreten des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014 sind bereits am 30. April 2014 erfolgt;
- hinsichtlich des Königlichen Erlasses vom 25. Juni 2014, der den K.E. vom 19. April 2014 abändert, : am 1. Juli 2014;
- hinsichtlich der Abänderung von Artikel 65 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei durch Artikel 27, Nr. 1 bis Nr. 6 des Gesetzes vom 9. März 2014: am 1. Juli 2014, außer im Falle des Verstoßes gegen Artikel 34, §3 des

Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, der - gemäß Artikel 8 des Königlichen Erlasses vom 10. Juni 2014 - am 1. Januar 2015 wirksam wird¹.

¹ B.S. vom 17. Juni 2014

**GEMEINSAMES RUNDSCHREIBEN DES MINISTERS DER JUSTIZ UND DES
KOLLEGIUMS DER GENERALPROKURATOREN ZUR VEREINHEITLICHUNG
DER KONTROLL-, FESTSTELLUNGS-, ERMITTLUNGS- UND
VERFOLGUNGSPOLITIK IN SACHEN FAHREN UNTER ALKOHOLEINFLUSS
ODER IN BETRUNKENEM ZUSTAND ODER IN EINEM ÄHNLICHEN ZUSTAND,
DER INSBESONDERE AUS DER EINNAHME VON DROGEN ODER
ARZNEIMITTELN HERRÜHRT, SOWIE IN SACHEN VORHANDENSEIN IM
KÖRPER VON ANDEREN SUBSTANZEN ALS ALKOHOL, DIE DIE
FAHRTÜCHTIGKEIT BEEINFLUSSEN**

INHALTSVERZEICHNIS

<u>I. ALLGEMEINES</u>	6
<u>A. ZIELSETZUNGEN</u>	6
<u>B. GESETZESGRUNDLAGE</u>	7
<u>II. FÜR DIE POLIZEIDIENSTE BESTIMMTE ANWEISUNGEN UND VERFAHREN</u>	8
A. <u>KONTROLLE DURCH DIE POLIZEIDIENSTE UND ABFASSEN DER PROTOKOLLE</u>	8
B. <u>SITUATIONEN, IN DENEN ZURÜCKZUGREIFEN IST AUF DAS IN ARTIKEL 65 §1 DES GESETZES ÜBER DIE STRASSENVERKEHRSPOLIZEI VORGESEHENE VERFAHREN ZUM BEDINGTEN ERLÖSCHEN DER STRAFVERFOLGUNG</u>	10
C. <u>SOFORTIGER FÜHRERSCHEINENTZUG</u>	12
D. <u>ERFASSUNG</u>	12
<u>III. FÜR DIE MAGISTRATE DER STAATSANWALTSCHAFT BESTIMMTE RICHTLINIEN UND VERFAHREN</u>	12
A. <u>SOFORTIGER FÜHRERSCHEINENTZUG</u>	12
B. <u>SITUATIONEN, IN DENEN AUF DIE IN DEN ARTIKELN 216BIS UND 216TER DES STRAFPROZESSGESETZBUCHES VORGESEHENEN VERFAHREN ZURÜCKGEGRiffEN WERDEN KANN, DIE DAS ERLÖSCHEN DER STRAFVERFOLGUNG DURCH DIE EINHALTUNG BESTIMMTER BEDINGUNGEN ERMÖGLICHEN,</u>	13
C. <u>SITUATIONEN, IN DENEN DIE STRAFVERFOLGUNG VOR DEM POLIZEIGERICHT EMPFOHLEN WIRD</u>	15

IV. WIRKSAMWERDUNG UND BEWERTUNG

17

[Anlage]

I. ALLGEMEINES

A. ZIELSETZUNGEN

Ausgehend vom Gleichheitsprinzip vereinheitlicht das vorliegende Rundschreiben die Kontroll-, Feststellungs-, Fahndungs- und Verfolgungspolitik bei Fahren unter Alkoholeinfluss, in betrunkenem Zustand oder in einem ähnlichen Zustand, der insbesondere aus der Einnahme von Drogen oder Arzneimitteln herrührt, dies gemäß Gesetz über die Straßenverkehrspolizei, unter Berücksichtigung des Gesetzes vom 16. März 1999² zur Abänderung des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, des Gesetzes vom 7. Februar 2003³ „zur Festlegung verschiedener Bestimmungen in Sachen Verkehrssicherheit“, des Gesetzes vom 20. Juli 2005⁴ „zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei“, des Gesetzes vom 26. März 2007⁵ „zur Einführung der Möglichkeit einer sofortigen Erhebung bei von Militärpersonen begangenen Verstößen im Bereich des Straßenverkehrs“, des Gesetzes vom 21. April 2007⁶ zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei, des Gesetzes vom 12. Juli 2009 „zur Abänderung des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, was die Einführung von Alkohol-Wegfahrsperren betrifft“, des Gesetzes vom 31. Juli 2009⁷ zur Einführung von Drogenspeicheltests im Straßenverkehr“, des Gesetzes vom 9. März 2014 zur Abänderung des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, des Gesetzes vom 29. Juni 1964 über die Aussetzung, den Aufschub und die Bewährung, des Gesetzes vom 21. Juni 1985 über die technischen Anforderungen, denen jedes Fahrzeug für den Transport auf dem Landweg, seine Bestandteile und sein Sicherheitszubehör entsprechen müssen, und des Gesetzes vom 21. November 1989 über die Haftpflichtversicherung in Bezug auf Kraftfahrzeuge und ihrer Ausführungserlasse.

Obschon der neue Artikel 65 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei und der Königliche Erlass vom 19. April 2014 - so wie abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. Juni 2014 - die Möglichkeit bieten, auch sofortige Erhebungen im Falle von Alkoholeinfluss von mehr als 0,35mg/l ausgeatmeter Alveolarluft vorzunehmen, wurde im vorliegenden Rundschreiben entschieden, auf diese Möglichkeit nur für Personen zurückzugreifen, die keinen Wohnsitz oder festen Wohnort in Belgien haben.

Beim jetzigen Stand ihres Computersystems kann die Staatsanwaltschaft beim Polizeigericht nicht die vorangehenden Feststellungen herausuchen, für die die Polizei die sofortige Erhebung [eines Geldbetrags] vorgenommen hat. Lediglich die Feststellungen, wovon das Protokoll an die Staatsanwaltschaft beim Polizeigericht übermittelt wurde, werden im MACH-Computersystem erfasst und können von den Mitgliedern dieser Staatsanwaltschaften eingesehen werden.

Die Überprüfung der vorher begangenen Verstöße ermöglicht die Verfolgung eines Verdächtigen vor dem Polizeigericht, wenn dieser – nachdem er bereits einen Vergleich gezahlt hat – erneut in betrunkenem Zustand fährt.

² B.S. 30.03.1999, S. 10157 + Erratum B.S. 1. Oktober 1999, 37165.

³ B.S. 25.02.2003.

⁴ B.S. 11.08.2005

⁵ B.S. 09.05.2007

⁶ B.S. 26.07.2007

⁷ B.S. 15.09.2009 und Erratum B.S. 18.02.2010.

Der Grundsatz der Zweckmäßigkeit einer Strafverfolgung erlaubt es den Magistraten der Staatsanwaltschaft – durch eine begründete Entscheidung – , alle aktenspezifischen Elemente zu berücksichtigen.

B. GESETZESGRUNDLAGE

Diese Angelegenheit wird geregelt durch die Artikel 34, 35, 36, 37, 37/1, 37*bis*, 38, 41, 51, 55, 55*bis*, 56, 57, 58, 58*bis*, 59, 60, 61, 61*bis*, 61*ter*, 61*ter*/1, 61*quater*, 61*quinquies*, 61*sexies*, 62*ter* und 63 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, das abgeändert wurde durch die Gesetze vom 18. Juli 1990, vom 16. März 1999, vom 7. Februar 2003, vom 20. Juli 2005, vom 21. April 2007, vom 12. Juli 2009 und vom 31. Juli 2009 und vom 9. März 2014 sowie durch den Königlichen Erlass vom 19. April 2014 abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 25. Juni 2014.

II. FÜR DIE POLIZEIDIENSTE BESTIMMTE ANWEISUNGEN UND VERFAHREN

A. KONTROLLE DURCH DIE POLIZEIDIENSTE UND ABFASSEN DER PROTOKOLLE

Lediglich folgende Personen können Tests unterzogen werden, die dem Nachweis des Verdachts des Fahrens unter Einfluss dienen:

- Personen, die sich an einem öffentlichen Ort dazu anschicken, ein Fahrzeug oder ein Reittier zu führen oder eine Person zu Schulungszwecken zu begleiten;
- Personen, die an einem öffentlichen Ort ein Fahrzeug oder ein Reittier führen oder einen Führer zu Schulungszwecken begleiten;
- mutmaßliche Urheber eines Verkehrsunfalls oder Personen, die dazu beigetragen haben können, diesen Unfall zu verursachen, selbst wenn sie Opfer dieses Unfalls sind.

1) Alkoholkontrollen (Artikel 59 und folgende des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei)

Jeder Fahrer eines Motorfahrzeugs, das zwecks irgendeiner (Verkehrs-) Kontrolle zum Stillstand gebracht wird, sowie jeder Fahrer, der in einen Verkehrsunfall verwickelt ist, muss einem Alkoholttest unterzogen werden, ungeachtet dessen, ob es sich um einen Verkehrsunfall mit Todesfolge oder Verletzungsfolgen handelt, oder nur um Sachschaden, auch wenn es keine Anzeichen für die Einnahme von Alkohol gibt. Diese Kontrolle gilt auch für Personen, die einen Führer zu Schulungszwecken begleiten (siehe ferner die Artikel 59 und folgende des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei).

Um zu einer besseren Kenntnis des Umfangs des Phänomens „Fahren unter Alkoholeinfluss“ zu gelangen und in dem doppelten Bestreben, sowohl alle Verkehrsteilnehmer gleich zu behandeln als auch bei den allgemein wenig kontrollierten Fahrern das subjektive Risiko einer Kontrolle zu erhöhen, sind organisierte zielgerichtete Alkoholkontrollen an einem festen Standort und in einer nicht selektiven Art durchzuführen, auch wenn keine Anzeichen für die Einnahme von Alkohol vorliegen.

Eine nicht selektive Kontrolle bedeutet, dass jeder Fahrer, der aus dem Straßenverkehrsfluss herausgeholt wird und zum Anhalten aufgefordert wird, einem Atemtest unterzogen wird. Je nach Verkehrsdichte kann entschieden werden, entweder jeden Fahrer, oder jeden ersten, zweiten, dritten, fünften oder den ersten, den vierten, den siebten ... zum Anhalten aufzufordern und ihn einem Atemtest zu unterziehen. Die Anzahl der durchgeführten Atemtests sollte also mindestens der Anzahl angehaltener Fahrzeuge entsprechen. Allerdings kann die Anzahl Atemtests höher liegen, wenn eine Person einen Fahrer zu Schulungszwecken begleitet, denn dieser Begleiter muss ebenfalls einen Atemtest machen, auch wenn er keine Anzeichen für den Genuss von Alkohol aufweist.

Zu diesem Zweck erscheint es ebenfalls angebracht, diese Kontrollen nicht nur auf den Hauptverkehrsachsen, sondern auch auf den „Nebenstraßen“ und in den (Orts-)Zentren durchzuführen.

Neben diesen hier vorgenannten organisierten Kontrollen kann die Polizei selbstverständlich selektiv vorgehen, und zwar bei Routinekontrollen, bei mobilen zielgerichteten Kontrollen und zielgerichteten Kontrollen, in deren Verlauf nicht alle Fahrzeuge gestoppt werden können, dies indem die Fahrer, die Anzeichen von Alkoholkonsum aufweisen (abnormales Fahrverhalten, Alkoholgeruch,...), einer Alkoholkontrolle unterzogen werden.

Artikel 20 des Gesetzes vom 9. März 2014 fügt einen §1/1 in Artikel 59 ein. Dieser lautet wie folgt:“ § 1/1 - Vor dem in § 1 erwähnten Atemtest, der in § 2 erwähnten Atemanalyse oder der in Artikel 63 § 1 erwähnten Blutentnahme dürfen die in § 1 erwähnten Amtspersonen unter denselben Umständen ein Gerät benutzen, das dazu bestimmt ist, das Vorhandensein von Alkohol bei den in § 1 Nr. 1, 2 und 3 erwähnten Personen nachzuweisen. Dies befreit diese Personen nicht von den anderen Verpflichtungen, die ihnen aufgrund von Artikel 59 auferlegt werden."

In der Begründung zum vormaligen Artikel 15 des Gesetzentwurfes wird diese Bestimmung wie folgt gerechtfertigt: "In Artikel 59 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei wird ein §1/1 eingefügt, der die Möglichkeit vorsieht, noch vor dem Atemtest und/oder vor der Atemanalyse, mit Hilfe eines Gerätes das Vorhandensein von Alkohol bei der betreffenden Person festzustellen. Diese Ergänzung dient dazu, eine gesetzliche Grundlage für die Verwendung der sogenannten Sampling-Geräte (Probeentnahme-Geräte) durch die Polizei zu schaffen.

Im Gegensatz zu den bestehenden Atemtestgeräten sind für diese Geräte keine technischen Spezifikationen oder amtliche Zulassungen vorgesehen. Sie stellen nur eine Art „verlängerte“ Nase des Polizeibeamten dar und zeigen lediglich an, ob beim Fahrer Alkohol vorhanden ist oder nicht. Nur die Ergebnisse eines positiven Atemtests oder einer positiven Atemanalyse (...) sind mit juristischen Folgen verbunden. Der Einsatz dieser Geräte beeinträchtigt in keinerlei Weise die anderen Bestimmungen von Artikel 59."

Wie aus der Begründung hervorgeht, bietet diese Vorrichtung keinerlei Garantie für die Feststellung des Vorhandenseins von Alkohol, sie ersetzt nicht das Atemtestgerät und darf nicht dazu dienen, einen vollwertigen Alkoholtest durchzuführen.

Die Weigerung, sich einem sogenannten Sampling-Test zu unterziehen, ist nicht strafbar und bleibt ohne juristische Folgen.

2) Kontrolle auf das Vorhandensein im Körper von anderen nicht alkoholischen Substanzen, die die Fahrtüchtigkeit beeinflussen (Artikel 61*bis* des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei)

Unter den heutigen Gegebenheiten ist die Anwendung der Gesetzgebung hauptsächlich auf eine gezielte Verkehrsüberwachung gerichtet, und zwar im Rahmen von Wochenendverkehrsunfällen und verkehrsgefährdenden Situationen beim Ausgehen (Rave-Partys, Besuch von großen Tanzlokalen) und im Rahmen von Drogentourismus.

Nach Verkehrsunfällen erfolgt neben der Ermittlung einer Alkoholaufnahme eine koordinierte Kontrolle in der Angelegenheit, wenn Anzeichen für das mutmaßliche Fahren unter Einfluss vorliegen. In diesen Fällen kommt, mit Ausnahme der Standard-Checkliste, die vollständige Prozedur zur Feststellung von Drogen im Straßenverkehr zur Anwendung.

Lediglich in dem Fall, wo das Fahren unter dem Einfluss von Alkohol und von anderen die Fahrtüchtigkeit beeinflussenden Substanzen festgestellt wird, müssen getrennte Anfangsprotokolle erstellt werden und diese müssen aufeinander verweisen. Wird ein Verkehrsunfall festgestellt, wird ein Anfangsprotokoll für den Unfall erstellt und danach getrennte Folgeprotokolle für das Fahren unter dem Einfluss von Alkohol und anderen die

Fahrtüchtigkeit beeinflussenden Substanzen. Die Folgeprotokolle müssen auf das Anfangsprotokoll verweisen.

Selbst wenn das Fahren unter Drogeneinfluss gleichzeitig mit anderen Verstößen festgestellt wird (keine Versicherung, keine Zulassung), wird nur ein einziges Anfangsprotokoll erstellt und werden für alle anderen Verstöße Folgeprotokolle erstellt.

Die im Rundschreiben COL 19/2010 unter der Rubrik III.2.1. und III.2.2. aufgeführten Richtlinien sind einzuhalten.

B. SITUATIONEN, IN DENEN ZURÜCKZUGREIFEN IST AUF DAS IN ARTIKEL 65 §1 DES GESETZES ÜBER DIE STRASSENVERKEHRSPOLIZEI VORGESEHENE VERFAHREN ZUM BEDINGTEN ERLÖSCHEN DER STRAFVERFOLGUNG

Wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,22 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft beträgt, ohne 0,35 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft zu erreichen, ist dem Zuwiderhandelnden die sofortige Erhebung eines Betrags von 170 EURO vorzuschlagen, obschon der abgeänderte⁸ Artikel 65, §1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei diese Erhebung nicht mehr zwingend vorschreibt.

Obschon Artikel 27, Nr. 2 des Gesetzes vom 9. März 2014 den Satz "Bei Verstoß gegen Artikel 34, §1 entspricht dieser Betrag der für diese Übertretung festgelegten Mindestbuße zuzüglich der Zuschlagzehntel" (frei übersetzt) von Artikel 65 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei aufhebt, bestimmt Artikel 2, Nr. 4 Absatz 1 des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014 – so wie er durch den Königlichen Erlass vom 25. Juni 2014 abgeändert wurde – von nun an, dass ein Verstoß gegen Artikel 34, §1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei zur sofortigen Erhebung eines Betrags von 170 Euro führen kann.

Diese sofortige Erhebung wird bei allen Zuwiderhandelnden erhoben, egal ob mit oder ohne Wohnort oder festen Aufenthaltsort in Belgien.

Die unter Punkt I.A auf Seite 6 und 7 auferlegte Einschränkung berücksichtigend erfolgt für das Nachstehende die sofortige Erhebung nur bei Zuwiderhandelnden, die keinen Wohnsitz oder keinen festen Wohnort in Belgien haben.

Artikel 2, Nr. 4 des vorgenannten Königlichen Erlasses wird auch um die folgenden Absätze ergänzt, die am 1. Juli 2014 in Kraft treten:

„Bei einem Verstoß gegen Artikel 34, §2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei kann, wenn bei der Atemanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,35 Milligramm und weniger als 0,44 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft gemessen wird, die sofortige Erhebung von 400 Euro erfolgen.

Bei einem Verstoß gegen Artikel 34, §2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei kann, wenn bei der Atemanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,44 Milligramm und weniger als 0,50 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft gemessen wird, die sofortige Erhebung von 550 Euro erfolgen.

⁸ Durch Artikel 27 des Gesetzes vom 9. März 2014.

Bei einem Verstoß gegen Artikel 34, §2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei kann, wenn der Zuwiderhandelnde keinen Wohnsitz oder keinen festen Wohnort in Belgien hat und wenn bei der Atemanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,50 Milligramm und weniger als 0,65 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft gemessen wird, die sofortige Erhebung von 1.200 Euro erfolgen.“ (frei übersetzt)

Die sofortige Erhebung kann und muss nur erhoben werden, wenn die Tat Dritten keinerlei Schaden zugefügt hat.

Wichtig ist das Hinzufügen eines Absatzes in Artikel 17, §1 des Königlichen Erlasses vom 19. April 2014, wodurch dieser Artikel in Bezug auf Zuwiderhandelnde ohne Wohnsitz oder festen Wohnort in Belgien bei Inkrafttreten am 1. Juli 2014 wie folgt lautet:

„§1 Wenn der Zuwiderhandelnde den vorgeschlagenen Betrag nicht sofort zahlt, entspricht der zu hinterlegende Betrag dem Gesamtbetrag, der erhoben werden könnte, so wie in den Artikeln 2 und 14 des vorliegenden Erlasses festgelegt.

Begeht er einen Verstoß gegen Artikel 34, §2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei und wird bei der Atemanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,65 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft gemessen, oder begeht er einen Verstoß gegen Artikel 34, §2, Nr. 3 desselben Gesetzes oder bei einer in Artikel 63, §1, Nr. 1 und 2 desselben Gesetzes erwähnten Blutprobe ist die Höhe des zu hinterlegenden Betrags 1.200 Euro.“ (frei übersetzt).

Artikel 34, §2, Nr. 3 lautet nun wie folgt:“ den Atemtest oder die Atemanalyse, die in den Artikeln 59 und 60 vorgesehen sind, oder, ohne rechtmäßigen Grund, die in Artikel 63 § 1 Nr. 1 und 2 vorgesehene Blutprobe verweigert hat“.

Bei einer Alkoholkonzentration von mindestens 0,65 Milligramm pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft, bei Verweigerung des Atemtests, der Atemanalyse oder der Blutentnahme oder wenn die Blutentnahme obligatorisch ist, muss ein Geldbetrag hinterlegt werden, obwohl keine sofortige Erhebung vorgenommen werden kann.

Beim Einnehmen dieses Betrags und bei der Übermittlung der strafrechtlichen Geldbußen an den Einnehmer ist dies klar anzugeben.

Die Hinterlegung eines Geldbetrags führt nicht zum Erlöschen der Strafverfolgung. Die Zahlung eines Geldbetrags in Form einer sofortigen Erhebung hingegen bringt die Strafverfolgung zum Erlöschen, außer wenn die Staatsanwaltschaft der betreffenden Person innerhalb eines Monats ab dem Tag der Zahlung notifiziert, dass sie diese Strafverfolgung ausüben möchte.

Durch das Einfügen eines Paragraphen 5 in Artikel 38 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei - dies infolge des Gesetzes vom 21. April 2007 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 16. März 1968 über die Straßenverkehrspolizei - muss der Richter ein Fahrverbot aussprechen und er muss die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis mindestens vom Bestehen der theoretischen oder praktischen Prüfung abhängig machen, wenn er wegen eines mit einem Motorfahrzeug begangenen Verstoßes verurteilt, der zur Entziehung der Fahrerlaubnis führen kann und der Schuldige seit weniger als zwei Jahren Inhaber eines Führerscheins der Klasse B ist.

Infolge der Änderung durch Artikel 19 des Gesetzes vom 7. Februar 2003 über verschiedene Bestimmungen in Sachen Verkehrssicherheit kann der Richter nach Artikel 38 §1, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei auch eine Entziehung der Fahrerlaubnis aussprechen, wenn die gemessene Alkoholkonzentration pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft mindestens 0,22 Milligramm und weniger als 0,35 Milligramm beträgt oder die Blutanalyse eine Alkoholkonzentration von mindestens 0,5 Gramm und weniger als 0,8 Gramm pro Liter Blut aufweist.

Für die in Artikel 38§5 genannten Führer darf also keine Sofortentziehung vorgeschlagen werden, sondern es muss ein vollständiges Protokoll erstellt und dem Prokurator des Königs, Abteilung Staatsanwaltschaft beim Polizeigericht, zugeschickt werden.

C. SOFORTIGER FÜHRERSCHEINENTZUG UND STILLEGUNG DES FAHRZEUGS

Der sofortige Entzug der Fahrerlaubnis und die Stilllegung des Fahrzeugs werden entsprechend den Richtlinien des Rundschreibens COL 9/2006 angeordnet.

D. ERFASSUNG

Alle Polizeidienste geben fortlaufend die Angaben in die ISLP-Anwendung 2.3 Bildschirm „Verkehrstatistiken Alkohol/Drogen“ ein.

Der Einsatz eines in Artikel 59 §1/1erwähnten Gerätes zur Bestimmung des Vorhandenseins von Alkohol (das sogenannte Sampling-Gerät) darf nicht als Atemtest in der betreffenden Anwendung verbucht werden.

Zeitplan: die Statistiken werden der entsprechenden Ebene monatlich am fünften Tag des Monats M+1 für die Statistiken des Monats M-1 vorgelegt.

Zusätzliche Anmerkung: in diese Statistiken fließen nur die Daten in Bezug auf die Zonen und die Einheiten ein, die die erforderliche Erfassung vor Tag 20 des Monats M vorgenommen haben.

An demselben Datum werden die Statistiken ebenfalls an den Minister des Innern, den Minister der Justiz, an das Kollegium der Generalprokuratoren, an jeden Generalprokurator, an die Provinzgouverneure und an die Prokuratoren des Königs geschickt - und zwar erhält jeder die Daten seinen Amtsbezirk betreffend.

III. FÜR DIE MAGISTRATE DER STAATSANWALTSCHAFT BESTIMMTE RICHTLINIEN UND VERFAHREN

A. SOFORTIGER FÜHRERSCHEINENTZUG

Der Prokurator des Königs hält sich an die Richtlinien des Gemeinschaftsrundschreibens COL 9/2006.

B. SITUATIONEN, IN DENEN AUF DIE IN DEN ARTIKELN 216BIS UND 216TER DES STRAFPROZESSGESETZBUCHES VORGESEHENEN VERFAHREN ZURÜCKGEGRiffEN WERDEN KANN, DIE DAS ERLÖSCHEN DER STRAFVERFOLGUNG DURCH DIE EINHALTUNG BESTIMMTER BEDINGUNGEN ERMÖGLICHEN

1. Bei Verstoß gegen Artikel 34 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei

1.1. Wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,5 g pro Liter Blut beträgt, jedoch unter 0,8 g pro Liter Blut liegt.

Unter Anwendung der Bestimmungen von Artikel 216bis des Strafprozessgesetzbuches wird dem Betreffenden das Erlöschen der Strafverfolgung mittels Zahlung eines Betrags von 170 EURO⁹ vorgeschlagen, wenn der Alkoholeinfluss durch eine Blutanalyse festgestellt wurde.

Wenn der Beschuldigte den Betrag der sofortigen Erhebung nicht beglichen hat, nachdem er von der Polizei dazu aufgefordert wurde, wenn der festgestellte Alkoholeinfluss durch einen Atemtest festgestellt wurde, wird ein Vergleich in Höhe von 200 Euro vorgeschlagen.

1.2. Wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,35 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft (0,8 g pro Liter Blut) beträgt, aber unter 0,65mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft (1,5g pro Liter Blut) liegt

außer:

- bei dem zusätzlichen Umstand einer Straßenverkehrsgefährdung;
- oder wenn der Betreffende einen Unfall verursacht hat;
- oder wenn die betreffende Person in betrunkenem Zustand war.

a) Mit Ausnahme der nachstehend unter Punkt b) genannten Fälle wird empfohlen, dem Betreffenden das Erlöschen der Strafverfolgung durch die Zahlung eines Geldbetrags vorzuschlagen, und zwar:

- von 400 EURO¹⁰, wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,35 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 0,8 g pro Liter Blut beträgt, aber unter 0,44 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 1,012 g pro Liter Blut liegt;
- von 550 EURO¹¹, wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,44 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 1,012 g pro Liter Blut beträgt, aber unter 0,5 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 1,2 g pro Liter Blut liegt;
- von 1.200 Euro¹², wenn der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,5mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 1,2 g pro Liter Blut beträgt, aber unter 0,65 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft oder 1,50 g pro Liter Blut liegt.

⁹ Aufgrund von Artikel 216bis §1, Absatz 5 werden die Kosten für die Analyse oder das Gutachten im Prinzip vom Zuwiderhandelnden zurückgefordert.

¹⁰ Aufgrund von Artikel 216bis §1, Absatz 5 werden die Kosten für die Analyse oder das Gutachten im Prinzip vom Zuwiderhandelnden zurückgefordert.

¹¹ Aufgrund von Artikel 216bis §1, Absatz 5 werden die Kosten für die Analyse oder das Gutachten im Prinzip vom Zuwiderhandelnden zurückgefordert.

b) Soweit möglich und abhängig von den Möglichkeiten der zuständigen Dienste und je nach Verfügbarkeit auf lokaler Ebene von spezifischen auf junge Autofahrer (jünger als 25 Jahre) zugeschnittenen Schulungsprogrammen ist Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches anzuwenden, und zwar wenn ersichtlich ist, dass solch eine Maßnahme auf freiwilliger Basis angewandt werden kann.

Die Verrichtung gemeinnütziger Arbeit wurde durch das Gesetz vom 22. Juni 2005 wieder in die Vermittlung in Strafsachen eingeführt.

In diesem Fall führt ein Justizassistent eine kurze Sozialuntersuchung durch.

Wenn den Bedingungen entsprochen wurde, ist das Erlöschen der Strafverfolgung entsprechend den Bestimmungen von Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches festzustellen. Wurden sie nicht erfüllt, ist Artikel 216bis des Strafprozessgesetzbuches entsprechend den hier oben festgesetzten Kriterien anzuwenden. In der Tat ist die im Rahmen von Artikel 216ter vorgeschlagene spezifische Schulungsmaßnahme als Alternative zum Vergleich zu betrachten, der ja an sich, an erster Stelle, eine Alternative zur Strafverfolgung darstellt.

Durch das Einfügen eines Paragraphen 5 in Artikel 38 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei, so wie vorher in Rubrik II.B. erläutert, sind die dort erwähnten Fahrer im Hinblick auf ein Fahrverbot mit Prüfung vor dem Polizeigericht zu verfolgen.

Es wird ihnen also weder ein Vergleich noch eine Schulung vorgeschlagen.

2. Situationen, in denen das vorliegende Gemeinschaftsrundschreiben und das Rundschreiben über die einheitliche Festsetzung der Geldbeträge, durch deren Zahlung die Strafverfolgung erlischt (COL 10/2006) Anwendung findet.

Im Fall eines Zusammentreffens mit einem Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung sind die Verstöße unterschiedlich zu behandeln:

- in den hier oben vorgesehenen Situationen werden die angegebenen Richtlinien angewandt;
- bei einem Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung sind die Richtlinien über die einheitliche Festsetzung der Geldbeträge für die Vergleiche anzuwenden.

Wenn jedoch Artikel 216ter des Strafprozessgesetzbuches in den unter Punkt III.B.1.2.b) genannten Fällen angewandt wird, wird für den Verstoß gegen die Straßenverkehrsordnung kein Vergleich vorgeschlagen. In diesen Fällen ist von den Richtlinien über die einheitliche Festsetzung der Geldbeträge für die Vergleiche abzuweichen, dies um eine zusammentreffende Anwendung der Artikel 216bis und 216ter des Strafprozessgesetzbuches zu vermeiden.

¹² Aufgrund von Artikel 216bis §1, Absatz 5 werden die Kosten für die Analyse oder das Gutachten im Prinzip vom Zuwiderhandelnden zurückgefordert.

C. SITUATIONEN, IN DENEN DIE STRAFVERFOLGUNG VOR DEM POLIZEIGERICHT EMPFOHLEN WIRD

Eine Verfolgung vor dem Polizeigericht wird empfohlen:

- wenn der festgestellte Alkoholgehalt 0,65 mg oder mehr pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft beträgt (1,5g pro Liter Blut) (Artikel 34 §2, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Zuwiderhandelnde einen Unfall verursacht hat oder verkehrsgefährdendes Fahrverhalten vorliegt, wobei der festgestellte Alkoholgehalt mindestens 0,35mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft beträgt (0,8 g pro Liter Blut) (Artikel 34§2, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn die betreffende Person ein Fahrzeug oder ein Reittier führt oder einen Führer zu Schulungszwecken begleitet in der Zeit, für die es ihr aufgrund von Artikel 60 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei verboten worden ist (Artikel 34 §2 Nr. 2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende sich weigert, sich dem in den Artikeln 59 und 60 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei vorgesehenen Atemtest bzw. der Atemanalyse zu unterziehen, oder er ohne rechtmäßigen Grund die in Artikel 63 §1, Nr. 1 und 2 vorgesehene Blutprobe verweigert (Artikel 34 §2, Nr. 3 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende seinen Führerschein oder seine als solche geltende Erlaubnis in den in Artikel 61 genannten Fällen nicht abgegeben hat oder wenn er das einbehaltene Fahrzeug oder Reittier geführt hat (Artikel 34 §2, Nr. 4. des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende ein Fahrzeug oder ein Reittier führt oder einen Führer zu Schulungszwecken begleitet, während er in betrunkenem Zustand ist oder er sich in einem ähnlichen Zustand befindet, der insbesondere aus der Einnahme von Drogen oder Medikamenten herrührt (Artikel 35 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende:
 - eine Person, die eindeutige Anzeichen von strafbarem Alkoholeinfluss aufweist oder die sich offensichtlich in dem in Artikel 35 genannten Zustand befindet, dazu anstiftet oder herausfordert, ein Fahrzeug oder ein Reittier zu führen oder einen Führer zu Schulungszwecken zu begleiten (Artikel 37 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
 - einer Person, die eindeutig Anzeichen von strafbarem Alkoholeinfluss aufweist oder die sich in dem in Artikel 35 genannten Zustand befindet, ein Fahrzeug zum Führen oder zwecks Begleitung zu Schulungszwecken oder ein Reittier anvertraut (Artikel 37 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn die betreffende Person an einem öffentlichen Ort ein Fahrzeug oder ein Reittier führt oder einen Führer zu Schulungszwecken begleitet und die in Artikel 63 §1, Nr. 3 und 4

genannte Analyse das Vorhandensein im Körper von mindestens einer der die Fahrtüchtigkeit beeinflussenden Substanzen aufzeigt:

- THC,
- Amphetamin,
- MDMA
- [...]
- [...]
- (freies) Morphin oder 6-Acetylmorphin
- Kokain oder Benzoylcegonin

und der Gehalt gleich oder über dem in Artikel 63§2 genannten Gehalt ist (Art. 37bis §1, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);

- wenn die betreffende Person, eine Person, die eindeutige Anzeichen dafür aufweist, dass sie unter dem Einfluss einer der in Artikel 37bis §1, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei genannten Substanzen steht, dazu anstiftet oder herausfordert, ein Fahrzeug oder ein Reittier zu führen oder einen Führer zu Schulungszwecken zu begleiten (Artikel 37bis §1, Nr. 2 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn die betreffende Person einer Person, die eindeutige Anzeichen dafür aufweist, dass sie unter dem Einfluss einer der in Artikel 37bis §1, Nr. 1 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei genannten Substanzen steht, ein Fahrzeug zum Führen oder zwecks Begleitung zu Schulungszwecken oder ein Reittier anvertraut (Artikel 37bis §1, Nr. 3 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn die betreffende Person an einem öffentlichen Ort ein Fahrzeug oder ein Reittier führt oder einen Führer zu Schulungszwecken begleitet in der Zeit, für die es ihr aufgrund von Artikel 61ter §1 und §2 verboten worden ist (Artikel 37bis §1, Nr. 4 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende sich ohne rechtmäßigen Grund geweigert hat:
 - sich dem in Artikel 61bis §1 und §2 erwähnten Speicheltest zu unterziehen oder der in Artikel 62ter, §1 erwähnten Speichelanalyse, oder
 - die in Artikel 63 §1 Nr. 3 und 4 erwähnte Blutprobe vornehmen zu lassen;(Art. 37bis 1§ Nr. 5 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende in dem in Artikel 61^{quater} vorgesehenen Fall seinen Führerschein oder das gleichwertige Dokument, dessen Inhaber er ist, nicht abgegeben oder das einbehaltene Fahrzeug oder Reittier geführt hat; (Art. 37bis §1, Nr. 6 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei);
- wenn der Betreffende den vorgeschlagenen Geldbetrag, durch dessen Zahlung die Strafverfolgung erlischt, nicht bezahlt hat;
- wenn der Betreffende aufgrund der Anwendung von Artikel 216^{bis} oder 216^{ter} des Strafprozessgesetzbuches bereits wegen einer der in vorliegendem Rundschreiben genannten Übertretungen oder wegen Fahrerflucht - begangen im Laufe der drei Jahre, die der von der Staatsanwaltschaft behandelten Sache vorangehen - verurteilt oder bestraft wurde;

- wenn die Staatsanwaltschaft mit mehreren in vorliegendem Rundschreiben erwähnten Übertretungen, die durch dieselbe Person begangen wurden, befasst wird;
- wenn bei dem Betreffenden ein Alkoholgehalt von mindestens 0,35 mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft (0,8g pro Liter Blut) festgestellt wird und er sich weigert, seinen Führerschein oder das gleichwertige Dokument abzugeben, so wie in Artikel 61 des Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei vorgesehen.
- wenn der in Artikel 38, §5 GStVP erwähnte Führer einen strafbaren Alkoholgehalt, gleich welcher Art (0,22mg pro Liter ausgeatmeter Alveolarluft – 0,5 g pro Liter Blut oder mehr) aufweist.
- wenn die Gültigkeit des Führerscheins des Fahrers auf Kraftfahrzeuge beschränkt ist, die mit einer Alkoholverkehrssperre ausgerüstet sind und der Fahrer ein Kraftfahrzeug führt, das nicht mit solch einer Vorrichtung ausgestattet ist oder er sich nicht an die Auflagen des Begleitprogramms hält;
- wenn ein Geldbetrag von einer Person hinterlegt wurde, die keinen Wohnsitz oder festen Wohnort in Belgien hat oder das Fahrzeug beschlagnahmt worden ist.

Aufgrund des am 1. Dezember 2012 in Kraft getretenen Gesetzes vom 2. Dezember 2011 kann eine Verurteilung in Anwendung von Artikel 34, §2 (Alkoholeinfluss) oder von Artikel 35 (Fahren in betrunkenem Zustand) sowie in Anwendung von Artikel 37bis, §1 (Drogeneinfluss) die Grundlage für einen Rückfall¹³ darstellen.

Bei erneuter Rückfälligkeit innerhalb von drei Jahren nach der zweiten Verurteilung können die weiter oben vorgesehenen Gefängnisstrafen und Geldbußen verdoppelt werden.

IV. WIRKSAMWERDUNG UND BEWERTUNG

1. Wirksamwerdung

Das Gesetz vom 31. Juli 2009 ist am 1. Oktober 2010 in Kraft getreten.

Das Gesetz vom 28. Dezember 2011 ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

Die in diesem Rundschreiben behandelten Teile des Gesetzes vom 9. März 2014 treten am 1. Juli 2014 in Kraft.

Der Königliche Erlass vom 19. April 2014 ist am 30. April 2014 in Kraft getreten. Der Königliche Erlass vom 19. April 2014, so wie er durch den Königlichen Erlass vom 25. Juni 2014 abgeändert wurde, ist am 1. Juli 2014 in Kraft getreten.

Das vorliegende gemeinsame Rundschreiben tritt am Tag seiner Verbreitung in Kraft.

¹³ Gesetz zur Abänderung des am 16. März 1968 koordinierten Gesetzes über die Straßenverkehrspolizei hinsichtlich der Fristen in Sachen Rückfall in Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung, *Belgisches Staatsblatt* vom 3. Januar 2012 und Erratum vom 2. Februar 2012.

Für Verstöße, die nach dem 30. September 2010 begangen wurden, sind die Richtlinien aus der Fassung des Rundschreibens vom 29. September 2010 einzuhalten.

Für die nach dem 1. April 2013 begangenen Verstöße sind die im Rundschreiben in der Fassung vom 28. Mai 2013 ausgegebenen Richtlinien einzuhalten.

Die im vorliegenden Rundschreiben enthaltenen Richtlinien sind anwendbar auf die Verstöße, die nach dem 30. Juni 2014 begangen werden.

2. Bewertung

Das vorliegende Rundschreiben wird auf Anfrage des Ministers der Justiz oder des Kollegiums der Generalprokuratoren bewertet werden.

Der Prokurator des Königs kann von Amts wegen jedwede Anmerkung in Bezug auf die Umsetzung des vorliegenden Rundschreibens formulieren.

Daher wird empfohlen, alle Anmerkungen, die sich auf dessen Umsetzung beziehen, zusammenzutragen.

Brüssel, den 3. November 2014

Der Minister der Justiz

Koen GEENS

Die Frau Generalprokurator beim Appellationshof in Gent
Vorsitzende des Kollegiums der Generalprokuratoren

Anita HARREWYN

Die Generalprokurator beim Appellationshof in Antwerpen

Patrick VANDENBRUWAENE

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Mons

Ignacio DE LA SERNA

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Lüttich

Christian DE VALKENEER

Der Generalprokurator beim Appellationshof in Brüssel

Johan DELMULLE